



06.07.2010 – 14:22 Uhr

pafl: Unterstützung für verschiedene UNO-Entwicklungsprogramme

Vaduz (ots) -

Vaduz, 6. Juli (pafl) - Die Regierung hat beschlossen, im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit verschiedene UNO-Entwicklungsprogramme und -Fonds mit einem Gesamtbetrag von 620'000 Franken zu unterstützen. Dabei handelt es sich einerseits um allgemeine Beiträge an das UNO-Entwicklungsprogramm UNDP, das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF, das UNO-Entwicklungsprogramm für Frauen UNIFEM, den UNO-Fonds zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, das UNO-Ausbildungs- und Forschungsinstitut UNITAR, das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte sowie dessen Fonds für Folteropfer, das UNO-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung, das gemeinsame UNO-Programm gegen HIV/Aids, den UNO-Bevölkerungsfonds UNFPA und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria.

Es geschieht im Sinne der Solidarität und der Verlässlichkeit als Partner, dass sich Liechtenstein neben der Finanzierung von spezifischen Projekten auch an den allgemeinen Budgets der Organisationen und damit an der Deckung von deren administrativen Grundkosten beteiligt. Alle unterstützten Organisationen und Programme sind langjährige Partner Liechtensteins und leisten in ihren jeweiligen Spezial-Bereichen wertvolle Arbeit zur Reduktion der weltweiten Armut und zur Besserstellung von Menschen in Entwicklungsländern. Liechtenstein unterstützt insbesondere Organisationen, welche in den beiden Themenschwerpunkten der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, nämlich einerseits der guten Regierungsführung und andererseits der Bekämpfung von HIV/Aids, tätig sind.

An spezifischen Projektbeiträgen hat die Regierung Beiträge an das Korruptionsbekämpfungsprogramm von UNDP und an die Abteilung für Terrorismusprävention des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechenbekämpfung beschlossen. Gerade die Bekämpfung der Korruption ist zentral für eine nachhaltige Entwicklung, fehlen doch durch eine unlautere Abzweigung öffentlicher Gelder die Mittel für notwendige Investitionen der Entwicklungsländer in unter anderem Bildung und Infrastruktur.

Kontakt:

Amt für Auswärtige Angelegenheiten
Christine Lingg
T +423 236 60 65

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100606682> abgerufen werden.